

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 200 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 100 Mark, Reklame 300 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

„Gesunde Lohnpolitik“

Von Fritz Valtrusch, Berlin

I.

Unter dieser Ueberschrift und unter der Bezeichnung „Bedeutung der Lohnfrage für die deutsche Konkurrenzfähigkeit“ veröffentlicht der Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Meißinger in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ mehrere Artikel, deren Inhalt auch die deutsche Arbeitnehmerenschaft auf das höchste interessiert. Er beschäftigt sich darin, wie schon die Ueberschrift andeutet, u. a. auch mit der Frage, inwiefern die deutschen Löhne und Gehälter die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exporterzeugnisse auf dem Weltmarkt beeinflussen.

Dr. Meißinger ist im Gegensatz zu namhaften führenden Industriellen (Präsident Dr. Guggenheimer, Generaldirektor Hans Kraemer u. a.) der Auffassung, daß der Anteil der Löhne an den Produktionskosten ein viel höherer sei, als vielfach angenommen würde. Präsident Dr. Guggenheimer hat in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ im Nr. 30/31 vom 26. Januar d. J. in einem dort abgedruckten ausgezeichneten Vortrage über „Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt“ z. B. folgendes gesagt: „Gleichwohl muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß die deutschen Löhne noch weit unter jenen des Auslandes sich bewegen, gleichviel, ob man auf der Basis des von der Reichsbank festgestellten Kurses der Goldmark die Berechnung vornimmt oder auf der Grundlage der Marktwertung gegenüber den Auslandsvaluten.“ An einer anderen Stelle des in der deutschen volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrages jagt Guggenheimer: „Auch kann nicht bestritten werden, daß ein Durchschnittslohn des gelernten Arbeiters mit ungefähr 0,78 Goldmark im Jahre 1914 durch die heutigen Löhne nicht annähernd erreicht ist, wenn eine einfache Umrechnung in Papiermark erfolgt, was naturgemäß auch auf die immer noch höhere Kaufkraft der Mark gegenüber dem Lebensbedarf im Inland im Vergleich zur Kaufkraft der Mark im Ausland zurückzuführen ist. Ungleich wichtiger als das rasche Fallen der Löhne ist aber, daß die Bedeutung des Lohnes in den Selbstkosten einen viel geringeren Einfluß besitzt als das Material, und eine gründliche Berücksichtigung darin erfolgt, daß die Materialkosten sich, mehr, die Kosten für Löhne prozentual abnehmen.“ Nach den letzten Feststellungen im Reichswirtschaftsrat (Generaldirektor Kraemer, D. B.) soll bei vielen Produkten der Lohn durchschnittlich nicht mehr als 5 Prozent der Gesamtkosten betragen. Hieraus erklärt sich auch, daß selbst bei den hochwertigsten Fabrikaten, in denen die Arbeitskosten an jene des Materials früher nahezu heranreichten, sich eine Konkurrenzunfähigkeit ergibt.“

Und in der Tat, Dr. Guggenheimer hat vollkommen recht, wenn er als Hauptursachen der in manchen Waren schon eintretenden Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie u. a. anführt die viel zu hohen Materialpreise, die nicht genügend durchgearbeiteten und individualisierten Frachttarife und die durch die enorme Kohlensteuer erheblich verteuerten Kohlenpreise. Es würde der Beweisführung Dr. Guggenheimers keinen Eintrag getan haben, wenn er außerdem besonders die oft die Produkte kolossal verteuernde Wirkung der Umsatzsteuer mit hervorgehoben hätte. Er gibt selbst ein interessantes Beispiel einer Gegenüberstellung der Selbstkosten beim Dieselmotor im Jahre 1914 und heute. Danach ergibt sich tatsächlich eine ganz außerordentliche Veränderung innerhalb der Elemente der Selbstkosten. Im Jahre 1914 kam für Material in Betracht 30 Prozent, für Arbeitslohn 20 Prozent, Aufwandszuschlag 50 Prozent; heute für Material 60 Prozent, Arbeitslohn 9 Prozent und Aufwandszuschlag 31 Prozent. In gleicher Weise hätten sich Beschreibungen nicht nur auf dem Gebiete der Metallindustrie, sondern insbesondere auch in der Textilindustrie vollziehen. Und von der Holzindustrie

wissen wir, daß der Materialpreis das 2-3fache, in Goldmark gerechnet, gegenüber dem Friedensstande beträgt. Die Eisen-, Stahl- und Aluminiumpreise haben ebenfalls eine Höhe erreicht, die mit einer gesunden Paktulation nicht vereinbar ist. Sie gehen weit über die Marktwertung hinaus. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Weltmarktpreis für Eisenerz 50 Prozent höher steht als in der Vorkriegszeit — wir sind zu 80 Prozent auf Auslandsware angewiesen — und wenn man ferner in Betracht zieht, daß auf den Hochleistungswerken durch die Einführung der Achtstundenschicht eine neue Schicht eingesetzt werden mußte, so läßt sich die Steigerung der Preise über das Weltmarktniveau hinaus nicht gut rechtfertigen. Die Ursache liegt in übertriebenen Kostenanteilen für Abschreibungen und zu hohen Gewinnspannen. Ergibt sich daraus auch nur eine Uebersteigerung des Weltmarktpreises von zirka 5 Prozent, so sind diese bei dem großen Anteil der Materialkosten an dem Fertigprodukt für die Konkurrenzfähigkeit der Fertigungsindustrie von ausschlaggebender Bedeutung. Die Preispolitik des Aluminiumverbandes erweckt nachgerade ebenfalls das Interesse der Öffentlichkeit. Während das Hochaluminium in Deutschland von den deutschen Aluminiumwerken unter dem Weltmarktpreis verkauft wird, sind die Preise für Aluminiumguß stark überhöht. Die Verbandspreise sind um zirka 25 Prozent höher als die Außenleiter- und Nichtverbandspreise.

Auf dem Baumarkt ist ebenfalls eine außerordentliche Veränderung innerhalb der Elemente der Selbstkosten eingetreten. Der Verband der sozialen Baubetriebe hat auf Grund seiner Erfahrungen eine Aufstellung gemacht, nach der die Baustoffe für eine Kleinwohnung im Jahre 1914 2668 Goldmark = 54 Prozent, die übrigen Kosten 2254 Goldmark = 46 Prozent betragen. 1923 kosteten die Baustoffe 3697 Goldmark = 74 Prozent, die übrigen Kosten 1301 Goldmark = 26 Prozent. Trennt man die Baukosten nach Baustoffen einerseits und Lohnkosten, Geschäftsumkosten, und Risikoprämien andererseits, so findet man, daß die Kosten der Baustoffe im Vergleich zum Jahre 1914 um 38 Prozent gestiegen, die gesamten anderen Kosten eines Hauses um 58 Prozent gesunken sind. Die Kürzung des Einkommens der baugewerblichen Lohn- und Gehaltsempfänger und der Verdienste der bauausführenden Betriebe sind nur zu etwa 12 Prozent dem Steuerzustus (Umsatzsteuer), zu 88 Prozent aber der baustoffherzeugenden Industrie und dem Baustoffhandel zugeführt.

Die Ausfuhrabgabe und die steuerliche Belastung der Industrie, die nach Guggenheimer die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands erheblich beeinträchtigen sollen, hätte er in seinem Vortrage besser nicht so stark betont. Die Ausfuhrabgabe ist bei vielen Exportwaren entweder gesteuert oder auf einen mit dem betreffenden Wirtschaftszweig im Ausfuhrabgabenausfluß vereinbarten geringen Prozentsatz festgesetzt. Ungefähr 25 Prozent der Exportartikel sind zudem bereits auf Freilisten gesetzt. Mit der steuerlichen Belastung der Industrie ist es, wenn man mancherorts von der Gewerbesteuer absieht, auch nicht weit her. Man braucht nur das Steueraufkommen aus dem Lohnabzug und den Effekt der Industrie- bzw. Besitzsteuern sich anzusehen, um diese Behauptung entsprechend würdigen zu können. Daß die Einführung des Achtstundentages auf die Verteuerung des Produkts nach der Meinung Guggenheimers einwirkt, kann auch nicht so ohne weiteres als richtig gelten, obwohl nicht bestritten werden kann, daß in den Industrien, wo durch den Achtstundentag eine bedeutende Vermehrung der Arbeitnehmerzahlen sich mit Naturnotwendigkeit ergeben mußte, eine tatsächliche Verteuerung des Produkts als Folgewirkung eingetreten sein kann.

Der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, insonderheit ihren Herren Syndikus, sind die einwandfreien Feststellungen führender Industrieller hinsichtlich der vielfach geringen Lohnanteile an der Produktion äußerst unbequem, um so mehr, als bei Lohnverhandlungen von den Arbeitnehmerver-

tretern davon evtl. Gebrauch gemacht werden könnte. Darum sucht Dr. Meißinger in seinen bisherigen mit den obenbezeichneten Ueberschriften erschienenen Artikeln den Nachweis zu erbringen, daß die Ansicht, daß der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten meist nur gering sei, irrig ist. Er warnt die Unternehmer eindringlichst davor, derartige Dinge noch weiter auszusprechen, da die Gewerkschaften bei der Verfolgung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele bereits eifrig die Aussagen solcher Unternehmer sich zu eigen machten. Dr. Meißinger führt aus: „Diese Ansicht (des geringen Lohnanteils am Fertigprodukt. D. B.) mag für einige Industriegruppen zutreffen, die hochwertige Rohstoffe oder mit Edelvaluta bezahlte Rohstoffe zu verarbeiten haben, bei denen sich der Anteil dieser Rohstoffe namentlich da vergrößert, wo in längeren Produktionsprozessen eine weitere erhebliche Verschlechterung der Valuta eintritt. In diesen Fällen sei zugegeben, daß der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten in der letzten Produktionsstufe gering und jedenfalls geringer als vor dem Kriege ist. Gleiche Versuche in anderen wesentlichen Industriegruppen ergeben jedoch ganz andere Zahlen. Im Bergbau mag der Lohnanteil 30-42 Prozent betragen, für Stabeisen ist er in einem maßgebenden Werke auf 15 Prozent angegeben. Die Bauindustrie hat mit einem Anteil von 40-65 Prozent, das Baugewerbe im Hochbau mit 30-55 Prozent, im Tiefbau sogar mit 90 Prozent zu rechnen, das Tischlereigewerbe mit 45 Prozent, die Textilindustrie mit 25-30 Prozent, das Verkehrsgewerbe mit mindestens 25 Prozent und die Landwirtschaft mit annähernd 50 Prozent. Auch in der Textilindustrie, die gewiß mit Rohstoffen aus Ländern der Edelvaluta rechnen muß, finden sich bei einer ganzen Reihe von Artikeln Lohnanteile, die zum Teil erheblich über 10 Prozent liegen, und in der Textilveredelungsindustrie bis 50 Prozent und mehr betragen.“ In diesen Prozentziffern seien übrigens nur die unmittelbaren Löhne und nicht die Zölle der mittelbaren Rohstoffen, die in jedem einzelnen Stadium des Produktionsprozesses bereits drin stecken, in Rechnung gezogen.

Die von Dr. Meißinger angegebenen Lohnanteile an den Produktionskosten in den verschiedenen Industrien halten einer näheren Prüfung kaum stand. Nicht nur die Feststellungen des führenden Industriellen Dr. Guggenheimer können als Beweis für die sehr zweifelhaften Angaben Dr. Meißingers gelten, die Gewerkschaften haben verschiedentlich selbst entsprechende Berechnungen aus der Praxis angestellt und sind mit Guggenheimer, wie schon beispielsweise angeführt, zu erheblich niedrigeren Ziffern des Lohnanteils am Fertigprodukt gekommen. Zudem ist es doch Tatsache, daß die Löhne der Staatsarbeiter nur die Hälfte, die Gehälter der Beamten und Angestellten nur ein Drittel der Vorkriegszeit, gemessen an dem inneren Goldwert, betragen. Und in den Arbeiterlöhnen herrscht heute noch ein Chaos und hinsichtlich ihrer realen Kaufkraft ein so niedriger Stand, daß man es kaum für möglich halten sollte. Lohnunterschiede in derselben Branche, im selben Bezirk oder in anstoßenden Gegenden bis zu 1000 Mark pro Stunde sind keine Seltenheit, und die Kaufkraft der jetzt gezahlten Löhne ist besonders in Anbetracht der enorm wieder anziehenden Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel eine ganz minimale.

Deutschlands Ernährungsbasis

Deutschland war schon vor dem Kriege nicht mehr in der Lage, den vollen Nahrungsmittelbedarf für seine Bevölkerung aus dem heimischen Grund und Boden zu erzeugen. Für ein Fünftel bis ein Sechstel der Bevölkerung mußten die Lebensmittel aus dem Auslande bezogen werden. Durch die Gebietsabtretungen hat die heimische Nahrungsmittelversorgung eine weitere erhebliche und gefährdrohende Einengung erfahren, da gerade landwirtschaftlich sehr ertragreiche Gebiete abgetreten werden mußten. Der fruchttragende Boden und der Viehbestand haben sich in weit stärkerem Maße verringert, als die Bevölkerungszahl. In den auf Grund des

Vertrages von Versailles abgetretenen Gebieten hat Deutschland eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 4,96 Mill. ha verloren, d. h. 14,2 v. H. seiner gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, darunter 3,93 Mill. ha oder 15,4 v. H. seiner gesamten Ackerlandbauern gegenüber einem Menschenverlust von 10 v. H. Der Verlust an Ernteaufträge für die wichtigsten Fruchtarten beträgt bei:

Weizen	292458 ha oder	14,8 v. H.
Roggen	1133405 "	17,7 "
Sommergerste	270829 "	16,4 "
Hafers	496674 "	11,2 "
Kartoffeln	586709 "	17,2 "

Zu dem Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Ernterückstände kommt weiter als erschwerend für die Ernährungverhältnisse der deutschen Bevölkerung hinzu, daß auch in den uns beschriebenen Teilen der Landwirtschaft infolge Mangel an genügenden hochwertigen Düngemitteln nicht mehr soviel zu produzieren vermag wie in der Vorkriegszeit. Dieser Mangel macht sich um so empfindlicher bemerkbar, als der Boden während der Kriegsjahre nur ungenügend gedüngt werden konnte, so daß er heute noch sehr düngearm und ausgelaugt ist. Nur die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Kali kann als ausreichend angesehen werden. Dagegen ist die Versorgung mit den übrigen Düngemitteln einseitig. Stickstoff ungenügend und entspricht in keiner Weise der Nachfrage. Wohl ist in der Nachkriegszeit die Stickstoffproduktion wesentlich erhöht worden, eine weitere ausreichende Steigerung ist jedoch wegen des Kapital-, Kohlen- und Rohstoffmangels nur im Laufe von Jahren möglich.

Die Folge all dieser ungünstigen Verhältnisse ist eine fortschreitende Erschöpfung der landwirtschaftlichen Betriebsweise, ein starker Rückgang der intensiven Wirtschaft und damit eine Abnahme der Bodenerträge, wie sich aus dem nachstehenden Vergleich der Nachkriegsjahre mit dem letzten Vorkriegsjahre ergibt. Es betrug nämlich der durchschnittliche Ertrag (in dz je ha) bei den wichtigsten Fruchtarten in den Jahren:

Jahr	1913	1920	1921	1922
Weizen	24,1	16,3	20,4	14,2
Roggen	19,3	11,5	15,9	12,6
Sommergerste	22,0	15,0	17,1	14,0
Hafers	22,0	15,0	15,8	12,5
Kartoffeln	157,1	115,1	98,8	149,4
Zuckerrüben	304,4	245,6	204,9	258,6

Aber nicht nur die Bodenwirtschaft, sondern auch die deutsche Viehwirtschaft hat bedeutend an Intensität und Leistungsfähigkeit eingebüßt. Zum Teil erklärt sich dies aus den Viehbesitzveränderungen an die Entente-Länder, zum Teil aus dem Rückgang der Futtermittelträge des deutschen Bodens, zum Teil ist dieser Rückgang aber auf die starke Einschränkung zurückzuführen, welche die Einfuhr ausländischer Futtermittel infolge der Marktentwertung und der verminderten deutschen Kaufkraft erfahren hat. Die starke Fleisch-, Milch- und Fettproduktion, welche Deutschland vor dem Kriege in seiner heimischen Viehwirtschaft erzielte, war nur möglich durch eine beträchtliche Einfuhr von Futtermitteln für den damals vorhandenen Schweinebestand und von einweißreichen Futtermitteln. Sie hat nahezu aufgehört.

Besonders stark wurde von diesem Rückgang der Futtermittelzufuhr die Schweinezucht betroffen. Der Schweinebestand hat sich im heutigen Reichsgebiet von 22,5 Mill. im Jahre 1913 auf 14,7 Mill. am 1. Dezember 1922 vermindert; d. h. eine Abnahme um 35 v. H. Dabei ist der Rückgang der Gewicht der Tiere noch nicht einmal berücksichtigt. Dieser brüht den Umfang des Viehbestandes von 1922 noch tiefer unter den von 1913. Auch die sonstige Fleischproduktion sowie vor allem die Milch- und Fettzeugung ist unter diesen Verhältnissen außerordentlich stark zurückgegangen. Nach sachverständiger Schätzung ist die deutsche Milchproduktion der Menge nach von 12 Milliarden auf 7,8 Milliarden Liter gesunken. Unter Berücksichtigung ihres Fettgehaltes ist sie sogar um mindestens die Hälfte zurückgegangen. Im ganzen steht also Deutschland heute im Verhältnis zu der ihm verbliebenen Einwohnerzahl eine bedeutend kleinere Ernährungsbasis zur Verfügung. Es ist deshalb in noch stärkerem Maße als vor dem Kriege auf Nahrungsmittelfuhr und zur Bezahlung derselben auf Steigerung seiner industriellen Tätigkeit angewiesen. S. S. S.

Bauarbeiter und Abwehrkampf

Das seit nunmehr als 3 Monate an Rhein und Ruhr währende gigantische Ringen um die Existenz und Freiheit des Deutschen Reiches nimmt immer schärfere Formen an. Großes, ja fast Unmenschliches, mußte bereits die Ruhrbevölkerung erdulden. Viele Tausende wurden von Haus und Hof vertrieben, andere mußten und müssen in dunklen Gefängnissen schmachten und oft die grausamsten Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Eine große Anzahl fiel schon der wütenden Soldateska zum Opfer; bis zur Stunde, da dies geschrieben wird, haben bereits 58 weitere deutsche Frauen und Männer, ja, sogar Kinder und Greise ihr unschuldiges Blut für unsere deutsche Sache opfern müssen. Und die Wächterzahl erhöht sich noch täglich. In der Tat, was sich in dieser Zeit an Rhein und Ruhr abspielt, sträubt sich bisweilen die Feder niederzuschreiben. Und ist ein Ende dieses ungleichen Kampfes abzusehen, ist vielleicht begründete Aussicht vorhanden, daß uns an der Ruhr die Leidenszeit abgelöst wird? Sehnsuchtsvoll schaut jeder nach dem Ende aus. Und doch dürfen wir in den nächsten Wochen nicht erlahmen, dürfen wir nicht, ähnlich wie 1918, diejenigen sein, die zuerst die Nerven verlieren. O, es wäre zu schrecklich, daran auch nur zu denken, daß alle Seiden und Drahtgalerungen, ja sogar das vergossene deutsche Blut, wieder umsonst gebracht worden seien. Wir, die wir mit in vorbestimmter Reihe kämpfen, würden verzweifeln, wenn alles, was wir bislang ertrugen, ja mit zusammengekauften Zähnen hinaufnahmen, vergeblich gewesen wäre. Wir wissen bestimmt, daß wir für den Fortbestand des deutschen Volkes und für die Einheit des Deutschen Reiches den passiven Widerstand leisten. Wir wissen aber auch, daß es jetzt darum geht, unsere sozialen Erwerbsverhältnisse, die Rechte der organisierten Arbeiterschaft, gegen einen reaktionären französischen Imperialismus und Militarismus zu verteidigen. Ja, weil wir davon überzeugt sind, daß im Falle eines französisch-belgischen Sieges, die deutsche Arbeiterschaft für Jahrzehnte von der Mitbestimmung im volkswirtschaftlichen und öffentlichen Leben ausgeschlossen wäre, deshalb unser erbitterter Widerstand.

Haben denn nun auch unsere Bauarbeiter unter der Besetzung zu leiden? Im Anfangsstadium merkten wir Bauarbeiter, abgesehen von den allgemeinen Einschränkungen, weniger die Anwesenheit der fremdländischen Truppen. Allmählich machten sich Materialmangel und Arbeitslosigkeit auch bei uns fühlbar. Dennoch ließ es sich noch ertragen. Anders wurden die Dinge, als die Besetzungsbehörde dazu überging, die einzelnen Schachtanlagen und Kokerien zu besetzen zum Abtransport von Kohlen und Koks. Jetzt erst wurde die Situation für unsere Kollegen schwierig. Im Industriegebiet ist ein großer Teil unserer Kollegen auf den Schachtanlagen und Kokerien beschäftigt, teils mit Neubauten, teils mit Reparaturarbeiten. Nun kam es meist so, daß die Besetzung nach Feierabend oder des Sonntags besetzt wurden. Als dann unsere Kollegen morgens zur Arbeitsstelle gehen wollten, wurde ihnen der Zutritt zu derselben

mit dem Bajonett verwehrt. Auf den Schachtanlagen 3. St. und Sch. konnten die Kollegen erst nach vorheriger Verhandlung und dann auch nur in Truppen von 10 Mann unter starker Bewachung ihr Werkzeug herunterholen. Obwohl unsere Kollegen bei diesen direkten Eingriffen der Besetzung den vollen Arbeitslohn erhalten, sind sie dennoch gewaltig geschädigt, da sie nach anderen Arbeitsstellen verschickt werden und dort unter vielleicht noch ungünstigeren Verhältnissen arbeiten müssen. Hinzu kommt noch, daß der größte Teil dieser Kollegen ortsfremd ist, und infolge der gewaltigen Wohnungsnot, die durch die erfolglose Besetzung schon bis zur Unerträglichkeit gesteigert ist, auf den neuen Arbeitsstellen unter vollständig unzulänglichen Verhältnissen wohnen und arbeiten müssen. So fanden unsere Kollegen, die infolge der gewalttätigen Besetzung der Schachtanlagen St. und Sch. von der Firma R. in E. nach Beuthhausen geschickt wurden, wie uns berichtet wurde, fast menschenunwürdige Zustände in wohnlicher Hinsicht vor. Ein Koffhaus ist nicht aufzutreiben, und müssen die Kollegen in Baracken hausen. Wir sind der Auffassung, daß durch derartige Verhältnisse wahrhaftig nicht der Abwehrwille gestärkt wird. Unsere Bauarbeiter im Einbruchgebiet leiden aber auch gewaltig dadurch, daß durch die scharfe Passkontrolle, die oft an einzelnen Stellen stundenlang dauert (von den hierbei oft vorkommenden Schikanen abgesehen), sie zu spät an die Arbeitsstelle oder zu Hause anlangen. Gewiß, leidet die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes unter derartigen skandalösen Zuständen, aber weil unsere Bauarbeiter an und für sich schon durch die weiten Wege nach und von der Arbeit öfter 10 und 12 Stunden unterwegs sind, trifft gerade sie diese Maßnahme der Besetzung am härtesten.

Große Gefahren haben auch unsere Kollegen zu gewärtigen, die auf der Besetzung arbeiten und jetzt Mittags- oder Nachtschicht Verfahren müssen. Wie oft schon mußten sie sich Anempfehlungen und dergleichen gefallen lassen, während daheim die besorgte Gattin und die anhänglichen Kinder um den Gatten und Vater hangten. — Neben all diesen Grausamkeiten und Schikanen trifft uns Bauarbeiter die Besetzung der Versammlungsfreiheit recht hart. Wie freuten unsere Kollegen sich stets darauf, alle 14 Tage oder alle vier Wochen zusammenzukommen, gegenseitig die Erlebnisse und Erfahrungen auszutauschen und dann aus berufenem Munde über die akuten Tagesfragen und über Ereignisse im Baugewerbe Aufklärung zu erhalten. Jetzt ist das ganz anders geworden. Die Versammlungen müssen drei Tage vorher angemeldet werden und dann werden dieselben oft noch kontrolliert. Selbstverständlich wird ein kerndeutscher Ortsvorstand nicht so nach sein und die Erlaubnis zur Versammlung erst einholen. Wir christlichen Bauarbeiter stehen auf dem Standpunkte, daß die Reichsverfassung uns Versammlungsfreiheit garantiert und die Befehle eines französischen Kommandanten für uns nicht maßgebend sind. Mancherorts läßt sich die Zusammenkunft nicht in einem Lokale bewerkstelligen, da dieselben entweder von Truppen besetzt sind oder unter zu scharfer Kontrolle stehen. Das hindert aber durchaus nicht, daß die Kollegen allmonatlich sich zusammensinden, und zwar in der Wohnung irgendeines Kollegen. So macht man aus der Not eine Tugend und hilft sich so gut es geht. Als ich das erstmal in einer solch behelfsmäßigen Versammlung anwesend war, nutete mich die

Was macht der Leute große Zahl?

Nicht auf die Zahl kommt's an allemal.
Der Wert des Mannes ist sehr Arumpf,
Und der wiegt schwer wie Eisenstein.

Georg Nowotnik.

Verlen deutscher Städte

6. Hildesheim

„Anderer Stromlauf ist gut wohnen“, das ist ein altes Sprichwort aus der fernsten Zeit des Mittelalters. Der ein blaues Beispiel hierzu jeden will, der schon nach Hildesheim. Es ist recht eigentlich die Schöpfung des großen Bischofs Bernward, der um 1000 herum lebte. Bernward war einer der besten Männer jener Zeit, die die Zerschütterung des Lebens noch nicht kannte. In einer Person regierte er hochwürdig seine große Diözese, war er weltlicher Herrscher und vertrat als solcher seine Residenz mit starkem Lärm und Tumult. Er war ein Gelehrter und Erzieher (er erzog die Kaiser Otto III. und Heinrich II., war auch des ersten inwärtigen Beraters); derselbe Mann entwarf großartige Pläne zu wichtigen Kirchen und ließ sie ausführen — Hildesheim ist heute ein romanischer Kunst mit an allerersten Stelle in Deutschland. — keine eine Erziehung und war selbst in die läng die Erzeugnisse sind zum Teil weltberühmt, und derselbe Mann beschäftigte sich auch selbst als Kunstschöpfer der Hildesheimer. Ein Umherwandler, während der seine Augen. In Bernward waren die Grenzen zwischen geistlich und weltlich, zwischen reiner Kunst- und Handarbeit nicht da. Denn er war ein Kind seiner und wahrlich keiner fremden Zeit, einer Zeit, die noch mehr naturhaft als unsere das Leben im großen als eine Einheit nahm. Das unschöne Hildesheim abmet können zeigen und können Geist.

Allerdings hat der Bischof Hildesheim nicht erst gegründet, denn dessen Ursprung ist schon unter Karl d. Gr. oder Ludwig dem Frommen zu suchen, und es war somit zu Beginn seiner Zeit etwa 150 Jahre alt. Aber aus der Zeit vor ihm ist uns nichts erhalten. Die heutige Hauptschöpfung Bernwards ist die Michaelskirche, wohl die großartigste romanische Basilika Deutschlands, in der sich auch sein Grabmal befindet. Sie ist dreischiffig mit doppeltem Querbau, und die flache Decke wird von Pfeilern und Säulen abwechselnd getragen. An den Feldern der Decke befindet sich die nördlich der Alpen ganz einzigartige Flachmalerei in bunten Farben. Sie rührt aus dem 12. Jahrhundert her und stellt den Stammbaum Christi dar. Die Kirche wurde ursprünglich von sechs Türmen überragt, von denen zwei ein Opfer des Dreißigjährigen Krieges geworden sind. Heute benutzen die Protestanten die eigentliche Kirche, während die Katholiken in der Kapelle Gottesdienste abhalten.

Nach ganz Bernwardischen Geist abmet der hochberühmte Dom, nach dem Grunde eines älteren sehr bald nach des großen Bischofs Tod aufgeführt, gleichsam als dessen Vermächtnis. Durch spätere An- und Umbauten ist er, wie gewöhnlich in solchen Fällen, nicht gerade verschönert worden. Der Dom ist die eigentliche Schatzkammer Bernwardischer Kunstwerke, eine immer berühmter als das andere. Da haben wir zunächst die Flügelaltäre am Westportal, aus Bronze gegossen, und somit einer der ältesten Zeugen dieser Kunstgattung diesseits der Alpen. Auf ihnen ist einerseits der Sündenfall mit seinen Folgen, andererseits die Erlösung ergründet geschildert. Gleichfalls von Bernward stammt die 4½ m hohe bronzene Christusfigur, nach dem Vorbild der Triunphsäule in Rom gearbeitet. Auf einem metallenen Band ruht sich in 28 Bildern die Geschichte Christi bis zum Einzug in Jerusalem einpor. Nach einem Pläne desselben großen Meisters ist endlich auch der riesige, romanische Kreuzaltar gefertigt worden, ganz einzig dastehend und bewundernswert in seiner Art. Er stellt in einem Raum die innere und zimmerreichen Mauern des himmlischen Jeru-

salems dar. Im Domschatz befinden sich noch ein silbernes Bernwardskreuz und ein Bernwardskelch.

Weitere Früchte Bernwardischer Kunst ruhen in der Magdalenenkirche. Das ist vor allem das unschätzbare Bernwardskreuz, nach des Bischofs eigener Angabe von ihm aus dem Holz des heiligen Kreuzes Christi geschnitten. Es ist etwa 1/3 m hoch und mit 230 Edelsteinen geziert. Außerdem steht dort der silberne Sarg des Heiligen, in dem man zwei prächtige Leuchter gefunden hat.

In späterer Zeit wurde die Stadt viel in Wirren, auch blutige, verwirrt. Den historischen Kampf der Wablinger und Belfen, der Kaiserlichen und Päpstlichen, machte sie in Gegnerschaft zum nachbarlichen, kaiserfreundlichen Goslar durch. Dann kämpfte die Stadt um Befreiung von der Herrschaft des Bischofs, die 1249 gelang, wofür zum Zeugnis die stolze Rolandssäule auf dem Markte errichtet wurde. Bald danach trat Hildesheim der Hanse bei und wurde nun am Ende des Mittelalters noch einmal reich und geizen der alten Tradition kunstschöpferisch. Aus dieser Zeit stammen die wunderbaren spätgotischen und Renaissancebürgerbauten.

So erhebt sich auf dem Altstädter Markt, einem der schönsten germanischer Architektur, das imposante spätgotische Rathaus. Daneben steht das Tempelhaus, gegenüber das hochberühmte Knochenhauer- (Fleischer-) Antiquariat, das der schönste Fachwerkbau Deutschlands genannt wird. Es datiert vom Jahre 1529 und ist fast überreich mit humoristischem Schnitzwerk versehen. Nach Art der niedersächsischen Häuser springt jedes Stockwerk über das untere ein Stück hinaus, so daß man fast den Eindruck hat, das Ganze müsse vornüber zusammenstürzen. Außerdem verdienen das „Bedendische“ und das „Kaiserhaus“ rühmlich erwähnt zu werden. An einem andern steht der beherzigenswerte Spruch:

„Wer will bauen an der Straßen,
Ruf sich durch unnützig Geschwätz nicht trenn lassen.“
Georg Nowotnik.

ganze Sache an, als wären wir in die Zeit der ersten christlichen Jahrhunderte versetzt, wo ja bekanntlich auch die ersten Christen, um den Verfolgern zu entgehen, geheim tagten.

Aus diesem kurzen Stimmungsbild können unsere Kollegen im unbefetzten Deutschland erkennen, unter welchen fast unglaublichen Verhältnissen die Kollegen an Rhein und Ruhr arbeiten und leben müssen. Oft hört man im unbefetzten Deutschland: „Es ist ja gar nicht so schlimm im alt- und neubefetzten Gebiet, wie die Zeitungen melden.“ Leider fallen viele Deutsche auf diese Stimmungsmache herein. Aus eigenen Erfahrungen und eigenen Ergebnissen muß ich hierzu sagen: Nicht übertrieben sind die Zeitungsberichte, sondern vielmehr kommt gar nicht an das Tageslicht, teils weil die davon Betroffenen aus Egoismus nichts der Öffentlichkeit mitteilen, teils aus Angst vor neuen Übergriffen der Besatzungsbehörde. Ja, am Tage der Räumung des Ruhrgebietes wird noch mancher vor Entsetzen aufblicken, wenn einmal Licht hinter die dunklen Taten der Besatzungsstruppen gelangt.

Nun wird mancher Kollege im unbefetzten Gebiete denken, wenn die Verhältnisse derartig gelagert sind, ist es ja ein Unding, noch eine großzügige Agitation für unseren Verband zu betreiben. Gewiß liegen die Verkehrsverhältnisse gewaltig im argen, verschiedene Bahnstrecken sind militarisiert und dadurch dem Verkehr entzogen. Auf den noch im Betrieb der deutschen Eisenbahnverwaltung befindlichen Strecken stockt der Verkehr gewaltig durch den Mangel an Maschinen und Waggons einerseits und die Passkontrollen andererseits. Der Fahrpreis auf der Strakonitzlinie ist inzwischen so hoch geschneit (eine Teilstrecke 500 bis 700 %), daß deren Inanspruchnahme der Verbandsfunktionär sich nicht oft erlauben darf. Es bleibt also nur übrig, entweder auf Schusters Rappen oder per Rad die Agitation zu betreiben. Diese Art der agitatorischen Arbeit ist beschwerlich und zeitraubend, dazu mit großem Kräfteaufwand und viel Schweiß verbunden. Trotzdem wird die Arbeit geschafft, auch wenn die Anstrengungen und Strapazen noch so groß sind. Unser christlicher Bauarbeiterverband wird sich in der Zeit der brutalen Machtentfaltung an Rhein und Ruhr wacker schlagen und schon dafür sorgen, daß er ungeschwächt aus der schweren Zeit hervorgeht. Bis dahin aber wird er getreu seinen bewährten Grundsätzen mit den anderen Volksteilen einig und geschlossen zusammenstehen und im geschlossenen passiven Widerstand ausharren, bis endlich das Recht siegt und die Rhein- und Ruhrbevölkerung wieder befreit von ihren jetzigen Beordrern aufatmen kann.

Wir bitten aber, im Verein mit allen Deutschen der besetzten Gebiete, daß das übrige Deutschland seine beste und letzte Kraft einsetzt zu unserer Unterstützung und auch sonst alles tut, um unsere Prüfungszeit abzukürzen. Möge sich jeder Deutsche stets das Wort in die Erinnerung rufen: „Nie ward Deutschland verloren, wenn es einig war und treu.“

Allgemeine Rundschau

In Treue fest!

Die Vertreter der Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Einbruchgebiet (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften) nahmen am 18. Mai in einer Konferenz in Hamm Stellung zur augenblicklichen Lage. Nach eingehendem Gedankenaustausch wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Gewalttaten, die jeder Menschlichkeitohn sprechen, kennzeichnen die augenblickliche Lage in den von den fremden Gewalttätigen besetzten Gebieten. Unter Mißachtung von Recht und Moral werden fortgesetzt über unschuldige Volksgenossen unerhörte Gefängnis- und Geldstrafen verhängt; selbst vor Todesurteilen schrecken die Gewalttäter nicht zurück. Zahlreiche Familien werden brutal von der heimatischen Scholle vertrieben und ihrer Habgüter beraubt.“

Die Opfer dieser Gewalt sind uns Vorbild treuer Pflichterfüllung. Größer als ihr Leiden ist die Schande ihrer Schergen. Frankreich soll wissen: Jede seiner Gewalttaten steigert den Willen und die Kraft des Volkes an der Ruhr zum Widerstande, bis Recht und Freiheit wieder Geltung erlangt haben.

Von der deutschen Regierung erwarten wir, daß sie mit fester Hand und ohne Schwäche bei den sich anbahnenden Verhandlungen die Lebensnotwendigkeiten und Freiheiten des Volkes und des Reiches zu wahren weiß. Der rückhaltlosen Unterstützung der Bevölkerung an der Ruhr darf die Regierung hierbei nach wie vor sicher sein. Von der Bevölkerung im unbefetzten Deutschland erwarten wir nach wie vor den gleichen Geist hingebender Treue. Alle geistlichen und materiellen Kräfte gehören in dieser Stunde allein dem Vaterlande. Am Opferwillen eines einzigen deutschen Volkes werden alle Absichten Frankreichs scheitern.“

Der Abwehrkampf an der Ruhr

ist allem Anschein nach in sein entscheidendes Stadium getreten. In Frankreich scheint die Stimmung viel von ihrer bisherigen Siegeszuversicht eingebüßt zu haben, wie festige

Am 2. Juni 1923 ist der zwelundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

innerpolitische Zänkereien über Erfolg und Ausfall des Ruhrunternehmens beweisen, und bereits hat Poincaré einmal seinen Rücktritt angeboten. Aber es wäre lächerliche Selbsttäuschung, wollte man die Tatsache übersehen, daß die Lage der deutschen Wirtschaft sich in mehrfacher Hinsicht verschärft hat. Die sprunghafte Steigerung des Dollarkurses in der Pfingstwoche, die Ankündigung einer Verdoppelung, wahrscheinlich aber Verdreifachung des Brotpreises für den Monat Juni und einer 50- bis 100prozentigen Steigerung der Eisenbahntarife sind recht folgenschwere Vorgänge.

Alles ist nun wieder in Fluß. Der verberbliche Wettlauf zwischen Warenpreisen und Arbeitslöhnen hat wieder begonnen. Lange darf diesmal die Preissteigerung nicht andauern, wenn nicht schwere innerpolitische Wirkungen davon ausgehen sollen. Der größte Teil der Arbeitnehmer war, soweit es sich um Gehaltsempfänger handelt, schon Mitte Mai kaum noch im Besitz von Barmitteln, und von den Wochenlöhnen sieht seit langer Zeit fest, daß sie völlig unzulänglich sind. Wir kommen jetzt wieder in ein Stadium, wo eigentlich kein Mensch weiß, wie er wirtschaftlich daneht. Wer kann wissen, welche Kaufkraft das heute empfangene Arbeitseinkommen in zwei oder drei Wochen oder auch nur am Ende der Woche hat? Was müßt alle Einschränkung der Bedürfnisse, wenn schließlich doch jede Berechnung durch die Preisentwicklung über den Haufen geworfen wird? Das Gefühl, daß die wirtschaftliche Existenz des einzelnen auf einer ganz unsicheren Basis steht, der Gedanke, daß der strebsame Arbeiter durch Entlassung oder Kurzarbeit, durch Teuerung und Geldentwertung von heute auf morgen mit samt seiner Familie der bittersten Not preisgegeben werden kann, ist furchtbar und kann sehr leicht in den breiten Volksmassen Stimmungen erzeugen, die den sozialen Frieden auf das allerschwerste gefährden. Bereits ist es in mehreren westdeutschen Städten zu Explosionen mit Blutvergießen gekommen. Sicherlich sind diese tief bedauerlichen und der deutschen Sache gerade im gegenwärtigen Augenblick so abträglichen Vorgänge aus politischen Motiven geboren und von dunkeln, wahrscheinlich landesverräterischen Elementen ins Werk gesetzt. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die völlig verfehlte Lohnpraxis der letzten Monate den Boden für diese Bewegung in denkbar günstigster Weise vorbereitet hat. Hauptsächlich übersehen die verantwortlichen Wirtschaftskreise und auch die Reichsregierung die in jenen Vorgängen liegende ernste Mahnung nicht. Soll ein weiteres Umsichgreifen der Bewegung verhindert werden, dann muß von diesen Stellen gehandelt werden, und zwar rasch. Jeder Tag der Verzögerung kann unübersehbaren Schäden für Deutschland heraufbeschwören.

Steuerabzug für Kurzarbeiter

Wie uns von verschiedenen Stellen mitgeteilt wird, soll den verkürzt in den Betrieben arbeitenden Kollegen vielfach nicht der steuerfreie Betrag für eine ganze Woche, sondern nur die Sätze für die einzelnen Tage, an denen gearbeitet wurde, von dem 10%igen Steuerbetrage ihres Lohnes abgezogen worden sein. Sogar ein Finanzamt (Paderborn) soll sich auf diesen Standpunkt gestellt haben.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Auffassung sowohl dem Geiste des Lohnsteuergesetzes wie auch in formaler Hinsicht den Durchführungsvorschriften (§ 9) widerspricht. Jeder kurzarbeitende Kollege hat dementsprechend das Recht zu verlangen, daß ihm trotz vielleicht nur dreitägiger Arbeit in der Woche die für eine ganze Woche abzugfähigen Beträge in voller Höhe von der zu entrichtenden Steuer in Abzug gebracht werden. Sollten in dieser Hinsicht seitens der Arbeitgeber oder der Finanzämter noch irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden, so bitten wir unter genauer Darlegung der Sachlage um Mitteilung.

Beispiel:

Ein verheirateter Kollege mit 2 Kindern arbeitet verkürzt 3 Tage in der Woche bei einem Stundenlohn von 2000.— M., dann sieht die Steuerberechnung folgendermaßen aus:

Lohn = 48000.— M.,

10% = 4800.— „

lt. Tabelle in Nr. 21 frei = 6816.— (steuerfreier Betrag f. eine ganze Woche); ergibt Steuerfreiheit.

Verdreifachung des Brotpreises — die Regierung für vollen Lohnausgleich

Die Reichsregierung hat die Reichsgereichtsstelle angewiesen, den Abgabepreis für Brotgetreide an die Kommunalverbände von 200000 M je Tonne auf nicht weniger als 600000 M zu erhöhen. Unter Berücksichtigung aller sonstigen Teuerungsfaktoren muß für Anfang Juni mit einer Verdreifachung des bisherigen Brotpreises gerechnet werden. Es ist klar, daß diese neue starke Belastung nicht aus dem derzeitigen Realeinkommen der Arbeitnehmer bestritten werden kann. Hierzu nimmt man eine Rolle aus dem Reichsarbeitsministerium wie folgt Stellung:

„Der Reichsarbeitsminister wird ungehend mit den beteiligten Kreisen über die Auswirkungen der bevorstehenden Brotpreissteigerung beraten und insbesondere ihre Folgen für den Haushalt der Arbeitnehmer feststellen. Das Ergebnis wird den in Frage kommenden Organisationen und Behörden als Unterlagen für die kommenden Lohnverhandlungen mitgeteilt werden. Der Reichsarbeitsminister ist sich bewußt, daß eine so starke Verteuerung des wichtigsten Volkswirtschaftsmittels nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen darf, aber die eintretende unmittelbare und mittelbare Belastung vielmehr bei den Lohnverhandlungen, die infolge der gesunkenen Kaufkraft der Löhne ohnehin überall notwendig werden, voll abgegolten

werden muß. Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden seine Stellungnahme bekanntgegeben und die Schlichtungsbehörden ersucht, dieser Frage insbesondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Ebenso wird die Fürsorge für die Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Kriegervaterlosen und Erwerbslosen der durch die Brotpreissteigerung verursachten Verteuerung der Lebensverhältnisse angepaßt werden. Der Reichsarbeitsminister hat auch die hierfür erforderlichen Maßnahmen bereits eingeleitet. Sie werden beschleunigt zum Abschluß gebracht werden, damit die Berechtigten baldigst in den Besitz der erhöhten Unterstützungen gelangen.“

Wie die Presse mitteilt, wird der dargelegte Standpunkt des Reichsarbeitsministers von der gesamten Reichsregierung geteilt. Der „Deutsche“ spricht die Hoffnung aus, die wir für unser Gewerbe noch besonders unterstreichen möchten, daß diese reine Anpassung des Lohnstandes an das Lebensnotwendige sich bei den Tarifparteien ohne jenes jähle und heftige Zerschlagen vollzieht, das seit Jahren die sozialen Beziehungen so verbittert und gerade im gegenwärtigen Augenblick zu einer sehr gefährlichen innerpolitischen Auswirkung führen könnte.

Sozialversicherung

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung sind vom 14. Mai 1923 ab erneut erhöht worden. Sie betragen die im Klammern beigefügten Zahlen sind die vom 16. April 1923 in Geltung gewesenen Sätze):

	in den Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	3200 (2400)	3000 (2250)	2800 (2100)	2600 (1950)
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	2800 (2100)	2600 (1950)	2400 (1800)	2200 (1650)
c) unter 21 Jahren	1950 (1450)	1800 (1350)	1650 (1250)	1500 (1150)
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	2800 (2100)	2600 (1950)	2400 (1800)	2200 (1650)
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	2350 (1750)	2200 (1650)	2050 (1550)	1900 (1450)
c) unter 21 Jahren	1750 (1300)	1650 (1200)	1550 (1100)	1450 (1000)
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	1150 (850)	1050 (800)	950 (750)	850 (700)
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	950 (700)	850 (650)	800 (600)	700 (550)

Der absolute Tageshöchstbetrag, den ein Erwerbsloser erhalten kann, wurde auf 9600 M. festgelegt.

Wirtschaftliche Bewegung

Streik der Stultateure in Holland!

In Holland stehen die Stultateure im Abwehrkampf wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die holländischen Unternehmer versuchen Streikbrecher in Deutschland zu werben. Kein deutscher Stultateur, Bürger oder Reichsbinder darf jetzt in Holland Arbeit annehmen und zum Streikbrecher gegenüber den mit uns kartellierten holländischen Kollegen werden. Wir bitten unsere Mitglieder, für Verbreitung dieser Warnung zu sorgen.

Aus dem Verbandsleben

Wo sind die Beiträge zu zahlen?

Lüchtringen. Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Hauptvorstandes in Nr. 17 der „Baugewerkschaft“, welche sich auf die Einrichtung der Verbandsbeiträge bezieht, fühle ich mich veranlaßt, meine Beobachtungen, welche ich als Kassierer einer ländlichen Verwaltungsstelle auf diesem Gebiete gemacht habe, zu veröffentlichen, wodurch ich glaube, auch bei dem Hauptvorstande eine etwas andere Ansicht über diesen Punkt herbeizuführen. Eine jede Verordnung muß von zwei Seiten betrachtet werden, ehe man sie wirksam macht, und darum mögen meine Ausführungen dazu dienen, die erlassene Bekanntmachung zu mildern oder auszuheben.

Gewiß hat der § 23, Ziffer 1 der Verbandsfassung ebenso Anspruch auf strikte Durchführung wie alle anderen Paragraphen der Satzung. Er hatte das besonders in Friedenszeiten, wo die zugerufenen Kollegen im Inlandgebiet jährlich höchstens drei- bis viermal auf einige Tage zu Besuch ihrer Familienangehörigen nach Hause fahren, auch heute noch für diejenigen, welche durch die große Entfernung zwischen Heimatort und Arbeitsort nicht in der Lage sind, öfter ihre Familien zu besuchen, da es zuviel Reisegeld und Arbeitsverräumnis kostet. Aber betrachten wir uns einmal die Kollegen aus dem nordöstlichen Westfalen, welche durch die günstige Ruhrverbands-Einleitung von Sonderzügen und Benutzung der Arbeiterrückfahrkarten in der glücklichen Lage sind, alle 8 Tage

spätestens alle 14 Tage, zu ihrer Familie zurückzuführen, wo sie dann vergessen können, was ihnen sonst durch ihr trauriges Los beschieden ist. Denn es ist doch wahrlich nichts Leichtes, wenn jemand, besonders als Familienvater, sein Brot in der Fremde suchen muß, bei diesen schlechten Wohnungsverhältnissen, wo der eine in der Parade, der andere die ganze Woche in der Baubude oder in der Maniarde auf einem auf den Fußboden gelegten Strohsack kampieren muß. So reisen denn die allermeisten des Samstagabends wieder der Heimat zu, um den Sonntag bei der Familie zu verbringen.

Da nun an den Wochentagen wenig Versammlungen abgehalten werden, das Einkassieren der Beiträge gewöhnlich auch des Sonntags vorgenommen wird, so würden die allermeisten von diesen zugereisten Kollegen fast das ganze Jahr hindurch keine Beiträge fleben oder Versammlungen betreten können. Wenn dieses nicht in der Bewirtschaftung des Heimatortes geschehen würde, so ist wohl einem jeden klar, daß wir dann am Schlusse des Jahres eine ganze Reihe Mitglieder weniger hätten, wobei man besonders die Tatsache berücksichtigen muß, daß eben nicht alle Mitglieder durchgehende Gewerkschaftler sind. Außerdem wird doch jedes nicht aus Profitgier gemacht. Auch macht eine Ortsgruppe von etwa 20 Mitgliedern doch lange nicht soviel Arbeit, als wenn sie 100 und noch mehr Mitglieder zählt. Also geschieht die Beitragszahlung am Heimatorte nur im Verbandsinteresse, und wenn es im Industriegebiet auf jeder Baustelle richtig klappt, dann hätten wir schon von selber weniger Arbeit mit den Kollegen und es bräuchten auch keine diesbezüglichen Verordnungen erlassen zu werden.

Zweitens wird von vielen behauptet, die Bezirks- und Lokalkassen des Industriegebietes hätten mehr Geld nötig für Verwaltungszwecke und soziale Aufgaben, als die Kassen in den ländlichen Bezirken. Ja, sie werden durch die Beiträge der zugereisten Kollegen gut aufgefüllt. Aber wohin gehen diese Kollegen, wenn sie arbeitslos oder krank werden? Wer es eben noch kann, der geht in den Heimatort, doch zu seiner Familie, da er weiß, daß er dort besser gepflegt wird, und sollte ihn der Tod ereilen, so ruht er wenigstens in der Heimat. Wer unterliegt in diesem Falle die Kollegen oder ihre Witwen und Kinder? Oder wer unterstützt die Frauen der abgereisten Kollegen mit Rat und Tat auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete? Doch nur die Ortsgruppe ihres Heimatortes. Aber wenn dieses alles circa 20 dauernd hier beschäftigte Mitglieder für über 250 Abgereiste aufbringen sollen, dann könnten sie fast ihren ganzen Verdienst dazu hergeben, denn wir ist, seitdem ich den Posten als Kassierer hier mache, noch kein einziger Fall bekannt geworden, daß irgend ein Kollege, auch wenn er ständig am Arbeitsorte seine Beiträge entrichtet hatte, in seiner Heimat von dort aus unterstützt worden wäre. Ebenso liegt die Sache bei Streiks oder Auswanderungen; es kann hiervon mancher zugereiste Kollege ein Liedchen singen. Doch davon ein andermal.

Kritiker möchte ich doch mal einem jeden Verbandsfunktionär eine Frage vorlegen. Welcher Bezirk läßt sich mit weniger Geld und Mühe dochhalten, jener, der nur ein Wohngebiet mit allen nur denkbaren günstigen Wohnverhältnissen hat und in welchem eine dichte, gut durchorganisierte Arbeiterchaft vorhanden ist, oder ein Bezirk von derselben Größe mit 5 oder 6 Wohnsiedlungen, schlechter Wohnverhältnisse und andauernder Sabotage der Lohnarbeit durch die Arbeitgeber, wodurch immer wieder neue Verhandlungen nötig werden und in welchem dann nur ein Drittel soviel Arbeiter vorhanden sind? Die Arbeit für zwei Angestellte in einem solchen Bezirk ist doch wahrlich schwer genug und die Mittel für den zweiten Angestellten, die doch die Mitglieder ausbringen müssen, sind zu gering, zumal die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten im Winter wegen der schlechten Konjunktur viel größer ist als im Industriegebiet. So wird es wohl kein Verbrechen gewesen sein, wenn die Bezirkskasse Kaderborn von nur circa 150 000,- Mark Beitragsbeitrag im 1. Quartal 1923 erhalten hat. Wir konnten wenigstens damit unseren tüchtigen Kollegen Eberg über Wasser halten.

Bezüglich der gezahlten Wochenbeiträge kann ich wohl sagen, daß, wenn alle Verwaltungskosten so stark wie meine daran sechshellen, ein Stundenlohn gehört pro Woche dem Verband, dann läßt es im Punkte Geld wohl besser in der Handkasse aus. Daß es im Industriegebiet auch manchmal hierin passiert, das beweisen die Mitgliederbücher derjenigen, welche dort ständig leben und deren Bücher uns Kassierern bei besonderen Veranlassungen in die Hände geraten.

Es kann somit nur festgestellt, daß in der Frage, ob die Beiträge am Arbeitsorte oder am Heimatorte zu zahlen sind, zwischen den im Industriegebiet wohnenden und den vom Lande zureisenden Kollegen ziemlich Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie durch die Bekanntheit des Hauptverbandes nur noch knapper hervortreten. Meinens Erachtens sollte man in Berücksichtigung der von mir geschilderten Verhältnisse eine trübselige Handhabung zulassen, denn als ich jetzt gekündigt werden muß, ist es nicht zum ersten Mal, sondern zum Schaden unseres Verbandes.

Franz Dolie, Kassierer, Lüdinghausen.

Anmerkung des Hauptverbandes: Wir können, die übrigens auch der Kollege Dolie betont, nur nachmals feststellen, daß der § 23, Ziffer 1, der Verbandsordnung zu Recht besteht und also durchgeführt werden muß. Der Grundlag, daß die Beiträge in der Verwaltungsstelle des Arbeitsortes und nicht in der des Wohnortes zu zahlen sind, steht auch keine Schwierigkeiten dar, sondern trägt den wirklichen Interessen des Verbandes Rechnung und ist aus einer langjährigen Erfahrung gewonnen. Auch im einzelnen sind die Ausführungen des Kollegen Dolie & L. fast unrichtig. Wir wollen aber darauf nicht eingehen, weil wir annehmen, daß die Kollegen des Industriegebietes sich dazu äußern werden.

Bau-Rundschau

Ueber die Lage des Baugewerbes und der Baustoffindustrie

Im April berichtet das Reichsarbeitsblatt: Eine durchgreifende Besserung der Lage des Baugewerbes ist trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit noch nicht eingetreten. Auch der zum Teil nicht unerhebliche Preisrückgang für Baustoffe hat bisher eine allgemeine Belebung der Bautätigkeit nicht erzielt, nur eine geringe örtliche Besserung ist festzustellen. So bezeichnen die Berichte aus Berlin, Westfalen, Schlesien, den Freistaaten Mecklenburg, Sachsen, Württemberg und Baden die Lage als unverändert, während aus Niederbayern und der Oberpfalz eine geringe Hebung der Bautätigkeit gemeldet wird. Nach der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Besel wurden im April nur die dringlichsten Bauvorhaben der Industrie bzw. der Städte und Gemeinden zur Ausführung gebracht.

Der Arbeitsmarkt hat sich für Maler fast überall erheblich gebessert. Für Zimmerer, Maurer und Stuckateure nur teilweise (Berlin und Teile von Bayern).

Der Geschäftsgang im Baumaterialien-Großhandel gestaltete sich auch im Berichtsmontat sehr ruhig.

Die Ziegelindustrie leidet unter Absatzrückgang. Die Inbetriebnahme der Ziegeleien seit infolge der Ruhe im Baugewerbe nur langsam ein (Freistaat Sachsen, Oldenburg, Thüringen, Provinz Sachsen und Hannover). Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen bzw. Entlassungen werden aus Schlesien (Güterberg, Zeitz), Brandenburg (Freienwalde), Oberbayern (Ebersberg), Oberpfalz (Bayreuth), Mittelfranken und Württemberg gemeldet.

Die Oldenburger Zementindustrie arbeitet im ersten Vierteljahr, weil deutsche Kohlen nicht geliefert wurden, lediglich mit englischen und schottischen Kohlen, die in genügenden Mengen zu beschaffen waren. Die Wagenstellung befriedigt, so daß der Bestand ohne Störung vor sich ging. Die Beschäftigung hielt sich in normalen Grenzen. Im Allgemeinen hielten sich die von der rückläufigen Absatzbewegung bedingten Betriebs-einschränkungen im Rahmen der Stampagnoproduktion.

In der Zementindustrie stieg der Inlandsabsatz, so daß vielfach nur auf Lager gearbeitet wurde. Arbeitszeitverlängerungen, Entlassungen und teilweise Stilllegungen wurden aus verschiedenen Gegenden als durchgeführt oder bevorstehend gemeldet (Pommern, Schlesien, Thüringen, Provinz Brandenburg, Sachsen, Hannover und Westfalen). Stellenweise war die Zement- und Kalkfabrikation noch gut beschäftigt (S. H. Jürgsburg), jedoch fehlte es an Absatzmöglichkeiten, insbesondere bei den Zementwerken.

Die Granitindustrie arbeitet ebenso wie die Quarzindustrie meist auf Lager; vom Ausland, insbesondere Holland und England, liefen nur wenige Aufträge ein.

Bei den Basaltbrüchen wie in der Chamottefabrikation ist der Auftragsbestand sehr gering, so daß eine Einschränkung der Betriebe bevorsteht. Im Regensburger Bezirk lagen im April noch genügend Aufträge bei den Basaltbrüchen vor.

In der Schieferindustrie fanden wegen geringen Absatzes Verkürzungen der Arbeitszeit statt.

Die Dachpappenindustrie hat ebenfalls ungünstige Lage; eine Anzahl von Firmen hat bereits den Betrieb eingestellt, andere die Arbeitszeit verkürzen müssen.

Neue Zementpreise

Während im März und April die Preisherabsetzung des Zementes auf Grund des gestiegenen Geldwertes wer weiß wie lange auf sich warten ließ, ist man jetzt dabei, diese Baugewerkschaft durch vermehrte Güte wieder einzuholen. Allerdings handelt es sich diesmal um Preiserhöhung. Der erst am 5. Mai in Kraft getretenen Erhöhung ist mit Geltung vom 15. Mai eine neue gefolgt nach der der Höchstpreis für 10 t ohne Fracht und Verpackung beträgt:

in Gebiete des nordd. Zementverbandes	1 888 575,-	h
„ „ Rhein.-westf. „	1 874 975,-	h
„ „ süddeutschen „	1 930 575,-	h

Die Siedlungstätigkeit in Preußen

Ueber den Umfang der Siedlungstätigkeit in Preußen, welche sich auf das Siedlungs-gesetz vom 11. August 1919 stützt, bringt eine neuerdings erschienene zusammenfassende Darstellung wertvolles Zahlenmaterial. Von den gemeinnützigen, für den Landwerb zuständigen Siedlungsgesellschaften sind in dem Zeitraum von 1919 bis 1921 insgesamt 21 491 Hektar beschafft worden. Von dieser Gesamtfläche entfielen 5,7 v. H. auf Moor- und Dehland, 20 v. H. auf Staatsdomänen (staatlicher Grundbesitz) und 74,3 v. H. auf sonstiges Siedlungsland. Es ist bedauerlich, daß hinsichtlich der Kultivierung von Moor- und Dehland so wenig getan worden ist, wo wir in Deutschland etwa zwei Millionen Hektar Dehland zur Verfügung haben. Gerade durch die Kultivierung von Moor- und Dehland kann noch sehr vielen Siedlern Arbeit und Brot auf eigener Scholle beschafft werden. Der Hauptteil des Landwerbs zu Siedlungszwecken stammt aus dem Besitztande der großen Güter. Wenn in den Berichtsjahren 1919 bis 1921 insgesamt nur 4739 Ansetzler und dazu 15 364 Haushaltsangehörige, mithin also nur 20 103 Personen, in neuen Siedlungen untergekommen sind, so ist das bei einer Bevölkerung von etwa 37 Millionen Menschen, die der Freistaat Preußen in seinen neuen Grenzen zählt, außerordentlich gering. Ein-schließlich der Haushaltsangehörigen haben nur etwa 8000 Personen, also knapp 40 v. H. der Siedler, ihre Tätigkeit im Handel und Gewerbe oder in anderen Berufen ausgeübt, um auf eigener Scholle eine neue Existenz zu gründen. Die Mehrzahl der Siedler kommt demnach aus der Landwirtschaft. Etwa 75 v. H. der neuen Ansetzler stammen übrigens aus dem Bereich, in dem sich ihre Ansetzlerstelle befindet. Nur verhältnismäßig wenig

Siedler, nämlich 141, kamen aus dem Auslande, sind also deutsche Rückwanderer von abgetretenen Gebieten und Auslandsdeutsche gewesen. Wenn man diese Zahlen überblickt, so kann man nur mit großem Bedauern feststellen, wie wenig geleistet worden ist, um unseren heimat- und arbeitslosen Menschen einem nutzbringenden Erwerb zuzuführen und ihnen eine neue Heimat zu schaffen. Auch vom Standpunkte der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch produktive, also durch wirtschaftliche Maßnahmen, muß dem Problem der Siedlung erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. B.

Sterbetafel.

Am 20. April verschied unser Kollege **Christ. Willebrand** im Alter von 51 Jahren an Lungenschwindsucht.

Verwaltungsstelle **Dortmund.**

Am 28. April starb unser lieber Kollege **Sakob v. d. Horst** im Alter von 42 Jahren.

Ortsgruppe **Ruhrort.**

Am 3. Mai starb unser Kollege **Otto Bergahn** (Gipsarbeiter) an Lungenleiden.

Ortsgruppe **Westbvern i. W.**

Am 4. Mai starb unser lieber Kollege **Josef Peltz** im Alter von 53 Jahren an Magenleiden.

Verwaltungsstelle **Horn (Westf.).**

Am 7. Mai starb unser treuer Kollege **Emil Kaminski** im Alter von 60 Jahren an Lungenleiden.

Ortsgruppe **Mülheim-Ruhr.**

Am 10. Mai starb unser treuer Kollege, der Stukateur **Georg Döhmer** im Alter von 57 Jahren an Schlaganfall. Infolge eines früheren Schlaganfalls war der Kollege bereits ein Jahr erwerbsunfähig.

Ortsgruppe **Gymnich.**

Am 11. Mai starb an den Folgen einer Operation unser treues Mitglied, der Kollege **Karl Mohr jr.** im Alter von 21 Jahren.

Ortsgruppe **Röln-Mülheim.**

Ehre ihrem Andenken!

„Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. Gleiwitz

Bilanz am 31. Dezember 1922

Aktiva		h	g	h	g
Bar- und Bankbestände:					
Kasse-Konto	4294				
Bank-Konto	792000				
Schulden	705			796999	
Debitoren:					
Kunden-Konto	752217	13			
Forderungen für fertigestellte Bauten	2560011	51			
Bauten in Angriff	17298913	51		20651142	17
Journalisten:					
Gehälter, Werkzeuge	1829250			2444250	
Parasiten	615000			4902480	
Materialbestände					
				2888487	17
Passiva					
Eigene Betriebsmittel:					
Zins-Konto	241752				
Eigenlagen-Konto	73500				
Reserve-Konto	12009	80			
Wiederbeschaffungs-Konto	107467			486758	80
Kreditoren:					
Parasiten-Konto	1800000				
Parasiten-Konto	1144104	80			
Bauten in Angriff	17298913	51			
Rückstellungen, Diverse	3700000			23948017	81
Ertrügnis					
				4505084	85
				2888487	17

Gewinn- und Verlustrechnung

Einnahmen		h	g	h	g
Brutto-Beitrag				80470423	85
Beitrag vom vorigen Jahr				4221	
Abgaben					
Verwaltungs-Kosten				17791006	41
Gehälter	595650				
Soziale Kosten	288571	98			
Steuern	30173	30			
Wegemene Unkosten	2145342	37		3023737	65
Zinsen, Div.					
Abgrenzungen:					
Gehälter, Gehälter	578500				
Parasiten	205000				
Journalisten	31250				
Materialien	554720			1862470	
Rückstellungen:					
Gewinnquote Produktionsbau, Berlin	1060000				
Steuern	600000				
Ertrügnisfonds	2000000				
Diverses	100000			3700000	
Ertrügnis					
				4505084	85
				2888487	17

Begründet am 18. Dezember 1922. Mitgliederbestand am 31. Dezember 1922: 25. Kassierereinstellung pro Anteil 10 000,- h. Sachverhalte Bilanz geprüft und für richtig befunden. Gleiwitz, den 13. Mai 1923.

Die Prüfungskommission: gez. Krebs, Cichon. Der Aufsichtsrat: gez. Cichon. Der Vorstand: gez. Knoblich, Pohn, Kolchander.

„Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. Berlin

Geschäftsstelle: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3.
Nachtrag zur Bilanz per 31. Dezember 1923.
1) Die Kassierereinstellung der Gesellen betrug am 31. Dez. 1923 740 000,- h. 31. Dez. 1921 143 500,- h.
Die Erhöhung der Kassierereinstellung im Jahre 1923 beträgt also 596 500,- h.
2) Guthaben (Aktiva) im Jahre 1922 1 436 611,53 h. 1921 587 296,90 h.
Die Erhöhung des Guthabens beträgt im Jahre 1923 also 849 314,63 h.